

im letzten Bericht feststellen konnte, daß im letzten Jahre mehr als 80 000 neue Mitglieder aufgenommen wurden, daß in mehr als 2000 Kirchen und Bethäusern aller Konfessionen in England Propaganda für den Völkerbundgedanken gemacht und in allen Schulen, bis zu den Hochschulen hinauf, die studierende Jugend auf die Bedeutung des Völkerbundes hingewiesen wird, welche stets für die für sie etwas weit abliegenden Minoritätenfragen ein besonderes Verständnis zeigt, und ihr Vertreter, Sir Willoughby Dickinson, der Präsident sowohl der Permanenten als auch der vom Kongreß gewählten Minoritätenkommission, versteht es, mit ganz außerordentlichem Takte auch bei den schwierigsten Streitfragen eine Kompromißformel zustandezubringen. Es war nicht bloßer Zufall, daß dem Kongreß in Wales, wo er tagte, eine nationale Minoritätsgruppe ad oculos demonstriert wurde, die zwar seit Jahrhunderten ihre Eigenart und insbesondere auch die keltische Sprache bewahrt hat, dabei aber doch an Loyalität der Bevölkerung des übrigen England nicht im geringsten nachsteht.

Aus dieser psychologischen Einstellung heraus ist es nun leicht erklärlich, daß der Kongreß in allen Minoritätenfragen eine recht versöhnliche, den Minoritäten günstige Haltung einnahm. Insbesondere hat er sich fast einstimmig auf einen, dem Völkerbundsrat und insbesondere dem Sprecher in demselben, Mello Franco (Brasilien) entgegengesetzten Standpunkt gestellt, indem er sich nicht nur für die Wahrung aller durch die Friedensverträge garantierten Minderheitsrechte für alle Zukunft hinaus aussprach, sondern auf Antrag Dickinsons sich sogar ganz eindeutig für die Generalisierung der Minderheitsrechte und für ihre Ausdehnung auch auf alle durch die Friedensverträge nicht gebundenen Staaten einsetzte.

Eine weitere, besonders interessante Teilfrage des Minderheitenproblems wurde von der griechischen Delegation angeschnitten. Im vorigen Jahre hatten nämlich nacheinander die jüdische, armenische und griechische Minorität in der Türkei auf Veranlassung der Regierung in sogenannten Repräsentantenversammlungen auf ihre ihnen durch den Friedensvertrag in Lausanne zugesicherten Minderheitsrechte ausdrücklich verzichtet. Nun hat sich der Kongreß beinahe einstimmig gegen die Gültigkeit eines solchen Verzichts ausgesprochen und eine darauf abzielende Regierungsaktion als geradezu unmoralisch gebrandmarkt.

Neben den Minderheitsfragen waren für die Juden auch noch einige andere von ziemlich großer Bedeutung. So die in der Permanenten Oekonomischen und Sozialen Kommission, wie auch in der Plenarversammlung eingehend behandelten Fragen der Emigration und der gerechten Behandlung der Ausländer. Ferner die Frage der Staatenlosen, in bezug auf die, sofern sie sich auf die ehemalige österreichisch-ungarische Monarchie bezieht, eine endgültige, in viele Details gehende Resolution angenommen wurde. Die Angelegenheiten der russischen Flüchtlinge in den verschiedenen Staaten wurden ebenfalls sowohl in der Juristischen Kommission wie auch in der Vollversammlung ziemlich ausführlich behandelt. Leider waren sie jedoch durch die einzelnen Ligen vorher nicht genügend vorbereitet worden, so daß die Verhandlungen darüber unter großer Unorientiertheit und sprunghaftem Meinungswechsel zu leiden hatten. Zum Schluß wurde jedoch eine von der britischen Delegation vorgeschlagene Formel angenommen, wonach alle Staaten aufgefordert werden, sich der in ihrem Gebiet wohnenden Flüchtlinge anzunehmen, ihnen regelrechte Pässe auszustellen und ihnen auch im Ausland Konsularschutz zu gewähren. Alle übrigen recht komplizierten und für viele Hunderttausende wichtigen juristischen Probleme wurden zur Weiterberatung an die Juristische Kommission und den Generalrat (der am 1. Oktober in Salzburg zusammentritt) verwiesen.

Spezielle jüdische Probleme sind auf dieser Tagung verhältnismäßig wenig behandelt worden. Das auf die Tagesordnung der Permanenten Minoritätenkommission gestellte Referat des Prof. Handelsmann aus Warschau über die Resultate der polnisch-jüdischen Verständigung wurde schon vor Beginn der Sitzung auf Einspruch der polnischen Delegation wieder von der Tagesordnung abgesetzt. Die Angelegenheit hat noch eine interessante Vorgeschichte: In der Genfer Tagung der Permanenten Minoritätenkommission im März hatte nämlich Prof. Handelsmann in einigen Worten die lobenswerte Stellungnahme der polnischen Majoritätsnation gegenüber den im Staate lebenden Minderheiten hervorgehoben und sie mit besonderer Berufung auf die jüdisch-polnische „Verständigung“ den anderen mit Minderheitsfragen belasteten Staaten als Muster vorgehalten. Dagegen führte der Vertreter einer russischen Liga, Prof. Wischniak aus Paris, selbst ein Jude, die Stimmen der leitenden jüdisch-polnischen Politiker, Dr. Reich und Dr. Ringel, an, wonach die Regierung ihre aus der Ver-

## Inland

### Das Schächtverbot in Bayern

München. (JTA.) Das Plenum des Bayerischen Landtages hatte heute über den von der völkischen Fraktion eingebrachten und vom Verfassungsausschuß bereits angenommenen Antrag zu entscheiden, wonach vor Beginn der Blutentziehung die Schächttiere mechanisch betäubt werden müssen. Mit den Stimmen der Völkischen, Deutschnationalen, Sozialdemokraten und einem kleinen Teil der Bayerischen Volkspartei wurde der völkische Antrag vom Plenum zum Beschluß erhoben. Gegen den Antrag stimmten: der überwiegende Teil der Bayerischen Volkspartei, die Freie Vereinigung (Zentrum und Demokraten), sowie die Kommunisten. Da nach dem jüdisch-religiösen Ritus Tiere als nicht rituell geschlachtet gelten, wenn sie durch die Form der Schlachtung eine wenn auch noch so unbedeutende Gehirnverletzung erlitten haben, diejenige mechanische Betäubung aber gewiß nach sich ziehen muß, so bedeutet die Beschlußfassung des Bayerischen Landtages ein Verbot der rituellen Schächtung in Bayern überhaupt. Sollte der Beschluß Geltung erlangen, so würde Koscherfleisch in Bayern nicht mehr zu haben sein.

Aller Voraussicht nach wird aber dieser Beschluß deshalb nicht Gesetz werden können, weil die Angelegenheit der Reichszuständigkeit unterliegt. Dies hatte auch die bayerische Regierung im Landtag angekündigt, als der völkische Antrag vor einigen Monaten eingebracht worden ist.

Bekanntlich hat der Staatshaushaltsausschuß vor einiger Zeit lediglich den Beschluß gefaßt, daß das rituelle Schächten entsprechend der Zahl der jüdischen Bevölkerung Bayerns eingeschränkt werden soll.

einbarung erfließenden Verpflichtungen nicht erfüllt habe. Die Sache wurde sodann zur weiteren Behandlung auf die gegenwärtige Tagung verwiesen. Nun kam aber in der Zwischenzeit die Regierungsänderung in Polen und mit ihr eine vollkommene Umgestaltung der politischen Verhältnisse, die es als nicht opportun erscheinen ließ, im gegenwärtigen Zeitpunkt die Behandlung der polnisch-jüdischen Probleme vor einem internationalen Forum vorzunehmen.

Die Juden wohl am meisten interessierende Frage war die auf die Tagesordnung des Kongresses gestellte Aufnahme der neugegründeten jüdischen Liga in Palästina. Schon im Generalrat entwickelte sich darüber eine lebhaft debattierte, die in der Juristischen und Internen Kommission dann noch fortgesetzt wurde, um erst im Plenum ihren endgültigen Abschluß zu finden. Hauptsprecher der Opposition war auch diesmal Giannini. Unter wiederholter Betonung, daß er nicht Antisemit sei, daß es in seinem Lande keinen Antisemitismus, ja überhaupt keine Judenfrage gebe, machte er nichtsdestoweniger eine Reihe prinzipieller Bedenken gegen die Zulassung der Jüdischen palästinensischen Liga geltend. Als die wichtigsten Bedenken mögen angeführt werden: 1. daß die Juden in allen Staaten eine Minderheitsliga gründen könnten, worauf sie dann über 40 oder 50 Stimmen verfügen und alle anderen großen Nationen majorisieren würden; 2. daß Palästina kein selbständiger Staat im vollen Sinne des Wortes ist und daß man damit einen Präzedenzfall für alle Mandatsgebiete schaffen würde, die dann ebenfalls Aufnahme in die Union verlangen würden; 3. sei es ja nicht einmal eine allgemein palästinensische Liga, sondern eine nur die Minderheit im Lande vertretende, und es gehe nicht an, daß eine Minderheitsliga das ganze Land repräsentieren solle. Demgegenüber wurde insbesondere von jüdischer Seite (Dr. Baron) ausgeführt, daß 1. das Prinzip der Union nicht auf Majorisierung und Minorisierung beruhe, da doch z. B. Luxemburg über dieselbe Stimmenzahl wie Großbritannien oder die Vereinigten Staaten verfüge; daß ferner die Gefahr einer Majorisierung durch jüdische Ligen doch erst dann aktuell werden könnte, wenn in mindestens mehr als zehn Ländern solche jüdischen Ligen beständen, was jedenfalls noch in ferne Zukunft gerückt sei; daß 2. Palästina trotz dem Mandat völkerrechtlich als unabhängiger Staat zu gelten habe (ein Standpunkt, der, soweit er die Union betrifft, von der Juristischen Kommission einstimmig eingenommen wurde), und schließlich 3. daß die Juden Palästinas wohl noch eine Minderheit seien, aber eine nicht nach bloßen Zahlen zu würdigende Minderheit, sondern, nach ihrer gesamten Stellung im Wirtschaftsleben und in der Kultur des Landes sowohl, als nach ihrer völkerrechtlich besonderen Lage und enormen Entwicklungsmöglichkeit, als eine Bevölke-

Im Bericht der Vorwoche, über die Behandlung dieser Frage im Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtages haben wir unserem Erstaunen Ausdruck gegeben, daß die Sozialdemokraten, die sich doch sonst gegen jede Bedrohung der Gewissensfreiheit wenden, hier mit den Reaktionen stimmten. Wie uns nun aus München berichtet wird, wurde diese Haltung der Sozialdemokraten durch die eigenartige Stellungnahme des Münchner Rabbinats zum Volksentscheid veranlaßt. Das Münchner Rabbinat fühlte sich bekanntlich verpflichtet Mitte Juni eine Kundgebung gegen die entschuldigungslose Enteignung der Fürsten in den „Münchner Neuesten Nachrichten“ loszulassen. Dieses, durch nichts zu rechtfertigende Eingreifen des Rabbinats in schwebende Fragen der deutschen Politik, wurde, wie leicht vorauszusehen war von judengegnerischer Seite sofort aufgegriffen und hat u. a. auch das Zustandekommen des obigen, verhängnisvollen Beschlusses ermöglicht. Sollte es sich nicht — wie wir doch noch hoffen wollen — im letzten Moment ermöglichen lassen, die Gesetzwerdung dieses Beschlusses zu verhindern, so wäre der eigenartige Fall zu verzeichnen, daß gerade ein Rabbinat ein Schächtverbot verursacht.

Die Münchner Ereignisse bilden ein interessantes Pendant zu Leipzig. Hier hatte bekanntlich das amtliche Nachrichtenblatt der Gemeindeverwaltung einen Aufruf für die entschuldigungslose Enteignung der Fürsten veröffentlicht. Trotzdem diese Veröffentlichung ausdrücklich als Inserat gekennzeichnet war und der Gemeindevorstand in der folgenden Nummer in einer, jeden Zweifel ausschließenden Weise als private Enunziation gekennzeichnet hatte, hat dieses Inserat nach der Meinung einzelner, in den letzten Gemeindefitzungen laut gewordenen Stimmen, zu einer Verstimmung gegen die Juden in den Kreisen des deutschen Bürgertums Leipzigs geführt, die in der Ablehnung der Garantie für den Friedhofsbau der Israelitischen Religionsgemeinde durch den Rat der Stadt Leipzig verhängnisvollen Ausdruck fand.

rungsgruppe anzusehen sei, die ganz eminent dafür geeignet sei, den Völkerbundsgedanken nicht bloß in Palästina, sondern im ganzen nahen Orient zu propagieren. Diesen Standpunkt haben sich denn auch sowohl der Berichterstatter der Internen Kommission, Prudhommeaux (Frankreich), wie der Vorsitzende, der belgische Senator La Fontaine, zu eigen gemacht und mit aller Wärme ihrer Ueberzeugung verfochten. Außer den bisher Genannten setzten sich in der Generalratssitzung Graf Bernstorff (Deutschland), der ehemalige Botschafter Dumba (Oesterreich), sowie — was recht bezeichnend ist — der Vertreter der russischen Liga, Britantchaninoff, und in der Vollversammlung der Sprecher der englischen Liga, Prof. Webster, und der der amerikanischen Association, der ehemalige Botschafter Marburg, für die Aufnahme ein. Auch der Delegierte der neu aufzunehmenden Liga, Bürgermeister Dizengoff (Tel Awiw), wurde zuerst von der Juristischen Kommission angehört und hat auch im Plenum zweimal das Wort ergriffen. Merkwürdig war das Zurückschwenken Gianninis; während er noch im Generalrat aus prinzipiellen Gründen für die Ablehnung sprach, beantragte er in der Kommission nur mehr Vertagung, und im Plenum schwächte er auch dieses letztere mit einer lediglich „opportunistischen“ Begründung ab. Die Plenarversammlung gestaltete sich dann geradezu zu einer Demonstration für Palästina. Nicht nur sprachen sich außer Giannini alle Redner in sehr warmen Worten für die Aufnahme der Jüdischen palästinensischen Liga aus, nicht nur machten die beiden mannhaft gehaltenen Ansprachen Dizengoffs einen ausgezeichneten Eindruck, sondern auch in der Abstimmung stimmten sämtliche Staaten bis auf zwei, nämlich Ungarn und Italien, für die Aufnahme; ja, selbst bei den Vertretern Italiens wurden die drei von den zehn Stimmen, über die die Minoritäten verfügten, für die Zulassung abgegeben, so daß Giannini in seinem eigenen Lande nur über einen Teil der Stimmen verfügen konnte. Was Ungarn betrifft, so hat ein führendes Mitglied der ungarischen Delegation Veranlassung genommen, unmittelbar nach der Sitzung dem Schreiber dieser Zellen zu versichern, daß die Stimmenabgabe Ungarns auf einem „malentendu“ beruht habe. Ja, selbst Giannini hat mit besonderer Emphase nachher in Gesprächen wiederholt betont, daß es ihm hierbei nicht um das Prinzip, sondern lediglich um Opportunitätsrücksichten zu tun war.

Daß alle Debatten in würdigem Tone und bei aller Verschiedenheit der Ansichten doch unter Vorwaltung des gemeinschaftlichen, eigigenen Prinzips geführt wurden, braucht nicht erst hervorgehoben zu werden. So hinterließ auch die palästinensische Debatte, wie übrigens alle anderen, den großen Eindruck der Versöhnlichkeit und Harmonie.

25jähri  
tin. Dies  
ersten M  
Staats-  
erste Ae  
heim, die  
lichen T  
mals um  
Die Ver  
fung er  
„Lex Ir  
ersten A

Prozet

Vor d  
gann am  
Hitler  
für das  
gestreng  
kollegial  
hauptet,  
Ostjude  
darauf,  
ja, sogen  
Der Ver  
walt Dr.  
auf die  
schen P  
gung hi  
tatsächl  
gehabt,  
Deutsch  
mit fran  
vorzube  
den Hit  
zwar w

der

So be  
Fischer  
von Al  
lich da  
Dr. Ki  
auf ei  
Woche  
später  
Beauftr  
teilen fi  
denten  
habt, a  
Revolut  
Verf  
einem  
Tsche  
zu err  
denten  
„Tsche  
achten  
heitsb

der

Ich  
wenn  
Presse  
Manch  
formie  
Eltern  
gemein  
Geleg  
Opfers  
ersten  
zionsg  
mann  
sen w  
Repub  
Was  
so ist  
tauft  
sich in  
habe.  
munis  
Zweck  
lungen  
Es  
diese  
Frage  
bellec

der

So be  
Fischer  
von Al  
lich da  
Dr. Ki  
auf ei  
Woche  
später  
Beauftr  
teilen fi  
denten  
habt, a  
Revolut  
Verf  
einem  
Tsche  
zu err  
denten  
„Tsche  
achten  
heitsb

der

So be  
Fischer  
von Al  
lich da  
Dr. Ki  
auf ei  
Woche  
später  
Beauftr  
teilen fi  
denten  
habt, a  
Revolut  
Verf  
einem  
Tsche  
zu err  
denten  
„Tsche  
achten  
heitsb

der

So be  
Fischer  
von Al  
lich da  
Dr. Ki  
auf ei  
Woche  
später  
Beauftr  
teilen fi  
denten  
habt, a  
Revolut  
Verf  
einem  
Tsche  
zu err  
denten  
„Tsche  
achten  
heitsb